

P R O T O K O L L

über die 14. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am
Donnerstag, 22. Jänner 1987, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Franz Enöckl
Walter Hahn
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Erna Probst
Franz Ramoser

Franz Rohrauer
August Schlager
Gertrude Schreiberhuber
Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Tremml
Anton Vorhauer
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
MR. Dr. Kurt Schmidl
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR. Dr. Gerhard
Alphasamer
Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung des neuen Gemeinderatsmitgliedes Anton Vorhauer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates (gem. § 51 Abs. 3 StS)

GHJ1-7488/86	Ankauf eines Bürodiktiergerätes Philips Modell A 510 und eines Telefonadapters LFH 0117 für das Büro von Vizebürgermeister Holub.
K-7095/80	Verein Museum Arbeitswelt; Jahresmitgliedsbeitrag für 1986.
K-7454/86	Kulturreferat; Ergänzung der vorhandenen Ausstellungswände.
Ha-7127/86	Kaufmannschaft Steyr; außerordentliche Subvention zur Durchführung der Weihnachtsaktion 1986.
Ha-1152/84	Seelsorgezentrum Steyr-Resthof; Subvention.
SH-4290/86	Ferienaktion diverser Jugendorganisationen; Subventionierung.
Bau3-7980/85	Asphaltierungsprogramm 1986 - Zusatzauftrag Asphaltierung Neustiftgasse; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 22. 5. 1986.
Bau4-7380/83	Errichtung der Straßenbeleuchtung im Bereich der Direktionsbrücke.
En-7234/86	Christkindlmarkt 1986; Kreditüberschreitung.
Pol-4394/86	
ÖAG-7659/86	Lkw 0-135.158; Ersatzteilbeschaffung.
Städt. Wi-Hof	
Agrar-4961/85	Hochwasserschäden am Kruglwehr, Lohnsiedl- und Dorninger Bach sowie Reinigung des Teufelsbaches; Kostenbeitrag der Stadt Steyr.
Erlaß	
FW-7676/86	Kranfahrzeug L-13.856 der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr; Servicearbeiten.
Ha-1479/84	Verein "Arbeitslosen-Selbsthilfe-Steyr"; Sanierung "Distelbergergut"; Kostenüberschreitung.
GHJ2-4194/85	Schloß Engelsegg, Redtenbachergasse 9; Instandsetzungsarbeiten; Überschreitung.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-808/86 Nachfolge von Anton Vorhauer in den Gemeinderat der Stadt Steyr; Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.
- 2) Präs-1045/86 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Obermedizinalrat Dr. Rudolf Eckel.
- 3) Pol-5864/79 Brandschutzordnung für den Stadtsaal Steyr, Stelzhamerstraße 2 a.
- 4) Schu-4994/84 Brandschutzordnung für den Mehrzwecksaal Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22.
- 5) K-7095/80 Verein Museum Arbeitswelt; Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt im Wehrgraben; Subvention 1986.
- 6) Ha-7471/86 Rückzahlung der für das Jahr 1986 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionsweg.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 7) Präs-1050/86 Bestellung der Disziplinaroberkommission.
- 8) Ha-7400/86 Allgemeine Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages.
- 9) Ha-7487/86 Aufnahme eines Darlehens in Höhe von S 10.000.000,- bei der Volkskreditbank Steyr.
- 10) Ha-2388/76 Förderung des Bauabschnittes 05 in Form eines Investitionsdarlehens durch das Land Oberösterreich.
- 11) Bau6-4090/82 Hauptsammler E - Sierning; Pumpwerk H; maschinelle Ausrüstung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 12) K-21/86 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1986 -
 - a) Dacherneuerung unter Nachbildung der überlieferten Erscheinungsformen alter Dachlandschaften in Steyr;
 - b) Sicherung und Erhaltung wertvoller Bausubstanzen.
- 13) Ha-3202/86 Kirchliche Ensembles in Steyr; Dachsanierung und Außenrestaurierung der Stadtpfarrkirche; Beitragsleistung der Stadt.
- 14) Ha-2656/82 Kirchliche Ensembles in Steyr; Innenrestaurierung Christkindlkirche; Beitragsleistung der Stadt.

- 15) Ha-3841/79 Kirchliche Ensembles in Steyr; Außenrestaurierung des kirchlichen Bereiches zum Kloster Gleink; Beitragsleistung der Stadt.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 16) K-8100/85 Arch. Rupert Falkner; Architektenleistungen im Wehrgrabenbereich; Akontozahlung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 17) En-5389/85 Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Wehrgraben-
En-5414/86 gasse, Fabrikstraße, am Schloßleitenweg, Museumssteg
und Bereich Direktionsbrücke; Auftragsvergabe.
- 18) En-5389/85 Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Wehrgraben-
En-5414/86 gasse, Fabrikstraße, am Schloßleitenweg, Museumssteg
und Bereich Direktionsbrücke; Mittelfreigabe; Ergänzung
des StS-Beschlusses vom 18. 12. 1986.
- 19) Bau3-5055/83 Ausbau der Reindlgutstraße; Mittelfreigabe für die 7.
Teilmehrwertsteuerabschlagsrechnung und eine Regierech-
nung.
- 20) Bau3-4032/85 Ausbau der Christkindl- und Schwamminger Straße; Verbrei-
terung der Reitnerstraße; zusätzlicher Ausbau der Schwam-
minger Straße zwischen Gasthaus Essl und Reitnerstraße;
Endabrechnung der Bauarbeiten.
- 21) ÖAG-2944/86 Mehrzweckfahrzeug; Ersatzbeschaffung; Ergänzung zum StS-
Städt. Wi-Hof Beschluß vom 28. 8. 1986.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING: OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 22) Ges-15/86 Straßenbenennung nach Prof. Othmar Capellmann.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 23) GHJ2-4699/85 Gleinker Hauptstraße 12; Sanierungsarbeiten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie zur heutigen Sitzung recht herzlich begrüßen. Die Tagesordnung bzw. Einladung sind ordnungsgemäß ergangen und die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Ich bitte die Herren Gemeinderäte Sturmberger und Alfred Wallner um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Beide Herren stimmen zu. Ich darf mitteilen, daß sich die Herren Gemeinderäte Eichhübl, Hochrather, Steinparzer und Brandstötter entschuldigt haben.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes vorzunehmen. Herr Gemeinderat Ernst Platzer hat sein Mandat wegen Übertrittes in den Ruhestand zurückgelegt. Eine Ergänzung des Gemeinderates ist daher erforderlich. Seitens der sozialistischen Partei wurde nach Maßgabe des Gemeindevorschlages Herr Anton Vorhauer als neuer Gemeinderat nominiert. Bevor ich zur Angelobung des neuen Gemeinderates komme, möchte ich nicht verabsäumen, meine Damen und Herren, Herrn Gemeinderat Ernst Platzer für sein verdienstvolles Wirken im Gemeinderat aufrichtig zu danken. Herr Gemeinderat Platzer gehörte seit Jänner 1984 dem Gemeinderat der Stadt Steyr an und hat im besonderen durch seine Tätigkeit im Bauausschuß, Umwelt- und Finanz- und Rechtsausschuß zum Wohle der Bürger unserer Stadt für unser Gemeinwesen einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Meine Damen und Herren, gemäß § 9 des Statutes für die Stadt Steyr haben später eintretende Gemeinderatsmitglieder das Gelöbnis in der ersten GR-Sitzung, an der sie teilnehmen, zu leisten. Gemeinderat Vorhauer ist heute zum ersten Mal hier und ich bitte ihn, das Gelöbnis abzulegen:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Herr Gemeinderat Vorhauer, bitte erheben Sie sich vom Platz und sprechen Sie die Worte: "ich gelobe".

GEMEINDERAT ANTON VORHAUER:

"Ich gelobe".

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Damit ist Herr Vorhauer ordentliches Mitglied des Gemeinderates.

Wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen nicht vor. Zum Punkt Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich bekanntgeben, daß der letzte Bericht des Arbeitsamtes vom 5. Jänner 1987 über den Monat Dezember 1986 vorliegt. Daraus ergibt sich, daß mit dem Wintereinbruch ein deutliches Ansteigen der Vorgemerktenzahlen im Baubereich verbunden war. Das wesentliche Ereignis im Dezember war jedoch die Anmeldung der Fahrzeugindustrie, ab 7. 1. 1987 für die Dauer von 16 Wochen Kurzarbeit einzuführen. Von diesem Ausfall sind ein Großteil der Arbeiter und ein Teil der Angestellten im Werk Steyr betroffen. In weiterer Folge bedeutet dies, daß bis 24. 4. 1987 der Personalstand der Steyr-Daimler-Puch AG - abgesehen vom natürlichen Abgang - aufrechterhalten bleibt und damit doch eine deutliche Beruhigung für das 1. Quartal 1987 im Metallbereich zu erwarten ist. Ende Dezember 1986 waren beim Arbeitsamt Steyr 1.908 Männer und 1.001 Frauen, gesamt also 2.909 Personen arbeitslos gemeldet. Dies ist gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 539 oder 22,7 %. Bei den Männern betrug die Steigerung 481 (33,7 %), bei den Frauen dagegen nur 59 (6,2 %).

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang darf ich Sie informieren, wie es mit der Regionalförderung unserer Region Steyr aussieht. Ich habe mich nachdrücklich beim Land Oberösterreich diesbezüglich erkundigt. Die entsprechenden Vorschläge liegen derzeit beim Bundesministerium für Finanzen. Aufgrund

der Regierungsbildung hat sich eine endgültige Entscheidung leider noch verzögert. Soweit mir mitgeteilt wurde, ist damit zu rechnen, daß in den nächsten 14 Tagen eine Entscheidung fallen wird.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme dieses Berichtes.

Wir kommen damit zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. Hier wurden die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Ich bitte Sie auch diesbezüglich um Kenntnisnahme.

Wir kommen nunmehr zu den Verhandlungsgegenständen. Hier ersuche ich Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im ersten Antrag geht es darum, aufgrund der Änderung im Gemeinderat infolge des Ausscheidens von Gemeinderat Platzer und der Neuan gelobung von Kollegen Vorhauer eine Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse vorzunehmen.

Der entsprechende Antrag lautet:

1)Präs-808/86

Nachfolge von Anton Vorhauer in den Gemeinderat der Stadt Steyr; Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. Jänner 1987 wird anstelle des Herrn Gemeinderates Ernst Platzer, der mit Wirkung vom 31. 12. 1986 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtete, künftighin mit sofortiger Wirkung Herr Gemeinderat Anton Vorhauer in den gemeinderätlichen Bauausschuß, den gemeinderätlichen Umweltausschuß und den gemeinderätlichen Finanz- und Rechtsausschuß entsandt.

Ich bitte um eine positive Entscheidung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Obermedizinalrat Dr. Rudolf Eckel.

Es ist beabsichtigt, Herrn Obermedizinalrat Dr. Rudolf Eckel, Hanuschstraße 30, in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein langjähriges Wirken als Vertrauensarzt des städt. Zentralaltersheimes und als Schularzt der Stadt Steyr aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, Gemeinderatsbeschluß vom 17. 2. 1972 durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr auszuzeichnen.

Der Antrag lautet:

2) Präs-1045/86

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Obermedizinalrat Dr. Rudolf Eckel.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, Gemeinderatsbeschluß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Obermedizinalrat Dr. Rudolf Eckel in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein langjähriges vorbildliches Wirken als Vertrauensarzt des städtischen Zentralaltersheimes und als Schularzt der Stadt Steyr die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:

"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein langjähriges vorbildliches Wirken als Vertrauensarzt des städt. Zentralaltersheimes und als Schularzt der Stadt Steyr."

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ist jemand gegen den Antrag? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, einer Brandschutzordnung für den Stadtsaal Steyr zuzustimmen. Ich glaube, ich kann mir den Amtsbericht ersparen und auch die Verlesung der Brandschutzordnung selbst.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Pol-5864/79

Brandschutzordnung für den Stadtsaal
Steyr, Stelzhamerstraße 2 a.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 25. 11. 1986 wird die in der Anlage beigezeichnete Brandschutzordnung für den Stadtsaal Steyr, Stelzhamerstraße 2 a, genehmigt. (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werden Wortmeldungen dazu gewünscht. Das ist nicht der Fall. Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Eine ähnliche Brandschutzordnung soll auch für den Mehrzwecksaal Wehrgraben beschlossen werden. Der diesbezügliche Antrag lautet:

4) Schu-4994/84

Brandschutzordnung für den Mehrzwecksaal
Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 25. 11. 1986 wird die in der Anlage beigezeichnete Brandschutzordnung für den Mehrzwecksaal Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, genehmigt (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, einer Subventionsgewährung an den Verein Museum Arbeitswelt die Zustimmung zu geben. Hier wurden zunächst Subventionen der Gemeinde zugesprochen, sowohl seitens des Landes als auch seitens des Bundes. Das war anders nicht abzuwickeln. Wir haben uns verpflichtet, diese Subventionen umgehend dem zuständigen Verein Museum Arbeitswelt zu überweisen. Der entsprechende Antrag des Stadtse-
nates lautet:

5) K-7095/80

Verein Museum Arbeitswelt; Errichtung eines Museums der industriellen
Arbeitswelt im Wehrgraben; Subvention 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen :

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. Jänner 1987 wird dem Verein Museum Arbeitswelt zur Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt im Steyrer Wehrgraben eine Subvention in Höhe von S 2,8 Millionen gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2.800.000,-- (zwei Millionen achthunderttausend)

bei VSt 5/360000/777090 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung ist durch die gewährte Subvention des Landes Oberösterreich in Höhe von S 1 Million und des Bundesministeriums für Bauten und Technik in Höhe von S 1,8 Millionen gegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Nicht der Fall, der Antrag ist beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, mein letzter Antrag beschäftigt sich mit der Rückzahlung der für das Jahr 1986 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionsweg.

Der Antrag des Stadtse-
nates lautet:

6) Ha-7471/86

Rückzahlung der für das Jahr 1986 von Steyrer Sportvereinen abgeführten
Lustbarkeitsabgabe im Subventionsweg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. 12. 1986 werden folgende im Jahre 1986 abgeführten Lustbarkeitsabgabebeträge für Sportveranstaltungen in Höhe von insgesamt

S 411.115,-- (vierhundertelftausendeinhundertfünfzehn)

an die in der Folge angeführten Steyrer Sportvereine im Subventionsweg rück-
erstattet, wobei in diesem Fall von der Anwendung der vom Gemeinderat ver-
fügten 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen wird.

SK Vorwärts Steyr, Sektion Fußball	S 388.352,--
SK Amateure Steyr, Sektion Fußball	S 13.652,--
SK Amateure Steyr, Sektion Boxen	S 587,--
ASV Bewegung, Sektion Fußball	S 2.393,--
ATSV Stein, Sektion Fußball	S 833,--
ATSV Vorwärts Steyr, Sektion Fußball	S 3.873,--
Reitclub Steyr	S 1.425,--

S 411.115,--

=====

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 356.000,-- (dreihundertsechsfünzigtausend)
bei der VSt 1/269000/757999 freigegeben und darüber hinaus eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 55.100,-- (fünfundfünzigtausendeinhundert)
bei der VSt 1/269000/75700 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke unseren Bürgermeister für seine Berichte und bitte ihn gleichzeitig um Übernahme des Vorsitzes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute 5 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Im ersten Antrag geht es um die Zusammensetzung der Disziplinaroberkommission. Wie Sie auch aus dem Amtsbericht erkennen können, ist mit 31. 12. 1986 die Funktionsperiode der Disziplinarkommission ausgelaufen. Es ist daher notwendig, diese neu zu bilden. Es ergeht daher folgender Antrag:

7) Präs-1050/86

Bestellung der Disziplinaroberkommission.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 76 StGBG wird für die Funktionsperiode vom 1. 1. 1987 - 31. 12. 1989 nachstehende Disziplinaroberkommission bestellt:

Vorsitzender: Bürgermeister Heinrich Schwarz. Stellvertreter: Die beiden Vizebürgermeister. Mitglieder: Stadtrat Rudolf Pimsl; Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl; Stadtrat Ingrid Ehrenhuber, Stadtrat Rudolf Steinmaßl, MD. OSR. Dr. Franz Knapp, SR. Dr. Franz Jakubec vom Magistrat Wels, SR. Dr. Alfred Minimair vom Magistrat Wels, OMR. Dr. Justuf Hupfer vom Magistrat Wels, Sr. Dr. Reinhard Nones, SR. Dr. Volker Lutz, SR. Dkfm. Dr. Franz Prummer vom Magistrat Wels, SR. Dipl. Ing. Helmut Dobler vom Magistrat Wels, OAR Helmut Riedler, OAR Gustav Gergelyfi, VOK. Walter Oppl, OAR Erich Schmoll, KR. Johann Steindl, OO. Gregor Eiblwimmer, KR. Rumpelsberger Johann, BI. Karl Angerer, Städt. Vorarbeiter Adolf Augner, Städt. Kraftwagenlenker Johann Diesenreiter, Städt. Kraftwagenlenker Josef Aigner.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Antragstellung betreffend die Bestellung der Disziplinaroberkommission für die nächsten 3 Jahre zeigt, zumindest nach dem Vorschlag der Entsendung, daß nur Gemeinderäte bzw. Gemeindemandatäre in diese Disziplinarkommission vorgeschlagen werden, die den Stadtsenatsparteien angehören. Ihnen ist ja bekannt, daß meine Fraktion in allen gemeinderätlichen Ausschüssen vertreten ist und ich benütze die Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit im Interesse der Bevölkerung und der Lösung der oft schwierigen Probleme unserer Stadt. Allerdings möchte ich das undemokratische Vorgehen auch in diesem Fall von SPÖ und ÖVP, man kann ja fast sagen der Rathaus-Koalition, anprangern. Die drei kleineren Gemeinderatsfraktionen haben ein Vertretungsrecht wohl in den Ausschüssen, aber z. B. in diese Disziplinarkommission oder in die Personalkommission werden nur solche Gemeinderäte entsendet, die ebene einer Stadtsenatspartei angehören. Diese Vorgangsweise steht im krassen Widerspruch der von Ihnen so oft beteuerten sogenannten Objektivierung bei Postenvergabe, Beförderungen oder auch beim Einschreiten bei einer Schiedsgerichts- oder Senatsangelegenheit. Wenn schon immer wieder von Ihnen von einer solchen Objektivierung gesprochen wird und diese versprochen wird, dann müsse meiner Meinung nach das erste Gebot des Gemeinderates sein, auch die kleinen Fraktionen des Gemeinderates in die Personalkommission bzw. Schiedskommission zu entsenden.

Nachdem dies nicht geschieht, zeigt mir das deutlich genug, daß sich in der Personalfrage die sozialistische Partei und die österr. Volkspartei in einer gemeinsamen Koalition auf keinen Fall in die Karten schauen lassen bzw. auch, daß die kleinen Fraktionen mitwirken können bei Entscheidungen, die das Personal betreffen. Daraus könnte meiner Meinung nach in der Öffentlichkeit mit Recht gefolgert werden, daß beide Parteien doch hier im Rathaus einiges zu verbergen haben. Wenn es in der Personalpolitik im Rathaus nichts zu verbergen und es eine korrekte Vorgangsweise gibt, dann müßte das undemokratische Vorgehen von beiden großen Parteien dieses Hauses beseitigt werden und den 3 kleineren Parteien ein Vertretungsrecht in der Personalkommission, in der Disziplinarkommission, auch, wenn man das so will, eingeräumt werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Tremml, wir haben z. B. geheime Wahlen und das Ergebnis dieser geheimen Wahl spiegelt sich dann wider in der Aufteilung, wieviele Personen von den einzelnen Parteien wohin entsendet werden. Eine Fraktion hat eben nur ein Mandat erreicht. Das ist ja wirklich nicht undemokratisch, wenn sich dann solche Kommissionen nach den demokratischen Regeln zusammensetzen. Gemessen an der Stärke der Fraktion erfolgt dann die Zusammensetzung.

Ich bitte, über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit 2 Stimmenthaltungen (GAL, KPÖ) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages. Wie aus dem Amtsbericht bekannt ist, haben wir unsere Haushaltsbuchhaltung auf die Siemens-EDV-Anlage umgestellt und das bedingt organisatorische und formelle Änderungen. Ich glaube, mich nicht

verbreitern zu müssen und darf den Antrag zur Verlesung bringen:

8) Ha-7400/86

Allgemeine Vollzugsbestimmungen zur
Durchführung des Voranschlags.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage beigezeichnete Dienstvorschrift über die "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlags" wird genehmigt und rückwirkend mit 1. 1. 1987 in Kraft gesetzt. (BEILAGE)

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von S 10,000.000,- bei der Volkskreditbank Steyr. Zur Ausfinanzierung des Rechnungsjahres 1986 könnte es möglich sein, daß wir mit der im Nachtragsvoranschlag beschlossenen Kreditaufnahme im Gesamtausmaß von 45 Millionen nicht das Auslangen finden. In welcher Höhe der für das Rechnungsjahr 1986 notwendige Kredit tatsächlich zu liegen kommen wird, hängt von der zeitgerechten oder nicht zeitgerechten Rechnungslegung der abgeschlossenen Vorhaben ab. Um die Ausfinanzierung nicht zu gefährden, soll daher aus Sicherheitsgründen der Beschluß gefaßt werden, bei der Volkskreditbank Steyr ein Darlehen im Ausmaß von 10 Millionen aufzunehmen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

9) Ha-7487/86

Aufnahme eines Darlehens in Höhe von S 10,000.000,-
bei der Volkskreditbank Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen?

Der Aufnahme eines Darlehens in Höhe von S 10,000.000,- bei der VKB Steyr mit einer Laufzeit von 20 Jahren und einem Zinssatz von derzeit 8,5 % p. a. dek., gebunden an die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen gemäß Tabelle 2.33 der Mitteilungen der österr. Nationalbank, jeweils unter Beachtung auf die Ordnungspolitischen Vereinbarungen, wird zugestimmt. Die Festlegung der übrigen Darlehensbedingungen anlässlich des Abschlusses des Darlehensvertrages bleibt der Magistratsabteilung II vorbehalten.

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr hat dem Budgetvoranschlag für das Jahr 1987 die Zustimmung nicht erteilt und wir können aus diesem Grund einer neuerlichen Schuldenaufnahme die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diese Erklärung. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall, bitte der Berichterstatter.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Ramoser dürfte das nicht ganz richtig verstanden haben. Er spricht vom Budget 1987. Hier geht es aber nicht um das Budget 1987, hier geht es noch um das Budget 1986, das habe ich ausdrücklich betont.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL) angenommen.

Bevor der Vortragende weiterführt, darf ich eine kurze Mitteilung machen bezüglich der Bestellung der Disziplinar-Oberkommission. Es gibt hier gesetzliche Regelungen, und zwar im Statutargemeinde-Beamtenengesetz. Wir haben jetzt nachgesehen, hier ist im § 76 bindend folgendes vorgeschrieben: Als Vorsitzender oder Stellvertreter fungiert der Bürgermeister bzw. als seine Stellvertreter die Bürgermeister-Stellvertreter. Die Mitglieder, Stellvertreter, sind aus dem Kreis der Stadträte und der Beamten der Städte mit eigenem Statut zu bestellen. Es kommen also nur Stadträte hier in Frage.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich möchte die Kritik dann ausweiten auf jene, die diese Gesetze gemacht haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine beiden letzten Anträge behandeln den Reinhaltverband Steyr und Umgebung. Der erste der beiden Anträge betrifft die Förderung des Bauabschnittes 05 in Form eines Investitionsdarlehens durch das Land Oberösterreich. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

10) Ha-2388/76

Förderung des Bauabschnittes 05 in Form eines Investitionsdarlehens durch das Land Oberösterreich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 27. November 1986 wird der Annahme des Investitionsdarlehens des Landes Oberösterreich in der Höhe von S 22.230.000,- für den BA 05 des RHV sowie der Übernahme der Haftung dieses Investitionsdarlehens durch die Stadt Steyr zugestimmt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft Hauptsammler E Sierning, Pumpwerk H, maschinelle Ausrüstung. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

11) Bau6-4090/82

Hauptsammler E - Sierning; Pumpwerk H;
maschinelle Ausrüstung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 28. 11. 1986 wird der Auf-

trag zur Lieferung der maschinellen Ausrüstung für das Pumpwerk H vorbehaltlich der Zustimmung für das Land Oberösterreich, an die Fa. KSB Österreich, Wien, zum Preise von S 989.570,- exkl. USt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 990.000,-- (neunhundertneunzigtausend)

werden bei der VA-St. 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen; Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Nächster ist Kollege Holub .

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe aus dem Referat Denkmalschutz im Ganzen 4 Anträge des Stadtsenates dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste betrifft Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1986 hinsichtlich der Dacherneuerung bzw. Sicherung und Erhaltung wertvoller Bausubstanzen, für welche Vorhaben die Stadt ja dankenswerterweise erhebliche Mittel aufwendet. Es ist festzuhalten, daß sich manche Vorhaben nicht so entwickeln, wie ursprünglich bei der Planung vorgesehen war, und daraus ergibt sich die dem Antrag zugrunde liegende Änderung.

Der entsprechende Antrag lautet:

12) K-21/86

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1986;

a) Dacherneuerung unter Nachbildung der überlieferten Erscheinungsformen alter Dachlandschaften in Steyr;

b) Sicherung und Erhaltung wertvoller Bausubstanzen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Stadtsenates bzw. des Gemeinderates vom 7. 5. 1986 bzw. vom 22. 5. 1986 wurde für Sanierungsmaßnahmen zur Erhaltung der alten Dachlandschaften von Steyr ein Betrag von insgesamt S 784.000,- freigegeben. Durch den unerwarteten Ausfall von zwei Vorhaben sowie durch Einsparungen bei verschiedenen Objekten ist eine Verringerung des Subventionsbedarfes um rund S 141.000,- eingetreten.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 1. 1987 wird der Umwidmung der oberwähnten Summe zur Subventionierung der im Amtsbericht unter Pkt. 11 - 14 angeführten Objekte und der hierfür ebenfalls erforderlichen Freigabe von

S 216.000,-- (zweihundertsechzehntausend)

bei der VA-St. 5/363000/778000 zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der nächste Antrag aus dem Denkmalschutzreferat ist ein Antrag des Stadt-senates an den Gemeinderat. Er betrifft die Dachsanierung und Außenrestaurierung der Stadtpfarrkirche, eine Beitragsleistung der Stadt zu diesem Vorhaben. Der Antrag lautet:

13) Ha- 3202/86

Kirchliche Ensembles in Steyr; Dachsanierung und Außenrestaurierung der Stadtpfarrkirche; Beitragsleistung der Stadt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 10. 1986 wird der Stadtpfarrkirche Steyr für die Dachsanierung und Außenrestaurierung der Stadtpfarrkirche eine Beitragsleistung im Ausmaß von S 200.000,- zuerkannt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 182.900,-- (einhundertzweiundachtzigtausendneuhundert)

bei der VA-St. 5/363000/777100 freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 17.100,-- (siebzehntausendeinhundert)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Da mit dieser Beitragsleistung die für das Jahr 1986 fällige erste Jahresrate überschritten wird, werden bei den künftigen Raten in den nächsten Jahren die Anteile der Stadt gesenkt.

Zu bemerken ist, daß mit dieser Beitragsleistung die für das Jahr 1986 fällige Jahresrate beschränkt wird und bei den zukünftigen Raten laut Förderungsvereinbarung eine entsprechende Senkung vorgenommen wird.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Nein. Wer ist für den Antrag? Gegenstimmen? Enthaltungen. Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Unsere kirchlichen Ensembles sind auch Gegenstand der beiden nächsten Anträge. Der erste betrifft die Innenrestaurierung der Christkindlkirche. Der betreffende Antrag lautet:

14) Ha-2656/82

Kirchliche Ensembles in Steyr; Innenrestaurierung Christkindlkirche; Beitragsleistung der Stadt.

Der Gemeinderat wolle beschließen :

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 29. 11. 1984 wurde einer finanziellen Beteiligung der Stadt Steyr an der Innenrestaurierung der Kirche Christkindl zugestimmt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 10. 1986 wird nunmehr als letzte Beitragsleistung ein Betrag in der Höhe von S 400.000,- freigegeben. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 400.000,-- (vierhunderttausend)

werden bei der VA-St. 5/363000/777100 freigegeben.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Für die Außenrestaurierung des kirchlichen Bereiches zum Kloster Gleink wird nach Berücksichtigung nicht förderungswürdiger oder förderungsfähiger Komponenten eine Beihilfe von insgesamt S 1,200.000,- gewährt. Der entsprechende Antrag lautet:

15)Ha-3841/79

Kirchliche Ensembles in Steyr; Außenrestaurierung des kirchlichen Bereiches zum Kloster Gleink; Beitragsleistung der Stadt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 9. 1986 wird für die Außenrestaurierung des kirchlichen Bereiches zum Kloster Gleink eine Beihilfe von insgesamt S 1,200.000,-, zahlbar in drei Jahresraten ab 1986, gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 400.000,-- (vierhunderttausend)

werden bei VSt 5/363000/777100 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Holub für seine Berichte, Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Zuge der Errichtung des Museums Arbeitswelt, das in den Objekten des ehemaligen Hack-Areales errichtet wird und auch im Hinblick auf die Eröffnung der Landesausstellung war die städtebauliche Erneuerung nicht nur dieses Bereiches, sondern auch der angrenzenden Bereich, notwendig. Diese Arbeiten stehen unter enormen Eindruck und es ist notwendig, durch sofortige Maßnahmen die entsprechenden Schritte einzuleiten. Es wurden mehrere Architekten mit diesen Arbeiten betraut und es wurde nunmehr eine Honorarforderung gestellt, die eine Akontierung der geleisteten Arbeit ergeben soll. Die genau Abrechnung wird nachgereicht. Ich möchte vorweg auch sagen, daß die weiteren Arbeiten nur nach Abstimmung mit der städtebaulichen Planungskommission erfolgen werden.

Ich darf Ihnen daher folgenden Antrag zur Verlesung bringen:

16) K-8100/85

Arch. Rupert Falkner; Architektenleistungen im Wehrgrabenbereich; Aktontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 12. 1986 wird als Honorar für Architektenleistungen des Mag. arch. Rupert Falkner im Wehrgrabenbereich eine Akontozahlung in der Höhe von S 800.000,- geleistet.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 800.000,-- (achthunderttausend)

bei der VA-St. 5/363000/010240 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Tremml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Pimsl hat in seiner Antragstellung angeführt, daß im Zusammenhang mit dieser Architektenleistung im Wehrgrabenbereich mehrere Architekten beschäftigt waren. Vielleicht kann man vor der Abstimmung erklären, warum aus mehreren nur ein Architekt wurde, der jetzt diese Honorarforderung stellt in Höhe von S 800.000,--.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das läßt sich insoferne erklären, weil die drei Architekten in einer Art Arge diese planerischen Tätigkeiten nach Abstimmung, Information und Zustimmung des Planungsausschusses und des Präsidialausschusses durchgeführt haben. Die beiden anderen Architekten, die einem Büro angehören, als Hutter & Stelzer bekannt, haben ihre Forderungen in Einklang mit den ursprünglich genannten Gesamtleistungen noch nicht gestellt, sie sind aber im Rahmen der vorgesehenen Leistungen zu betrachten. Mehr kann dazu nicht gesagt werden. Es ist aber hier angeklungen und ich habe vorweg versucht, das zu klären, daß ja, obwohl es sinnvoll und notwendig ist, für den gesamten Wehrgrabenbereich die Zielvorstellung genau so zu definieren, einfach aus finanziellen Gründen es nicht möglich ist, die Aufgaben im vollen Umfang durchzuführen. Es muß sich eben der Gemeinderat von Fall zu Fall über weitere Schritte aufgrund der finanziellen Situation beschäftigen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf vielleicht noch ergänzen dazu, die beiden Architekten Hutter & Stelzer sind in erster Linie mit der Erstellung des Museums beschäftigt. Es sind aber auch Leistungen im übrigen Wehrgraben eingebracht worden, aber da liegt noch keine Honorarforderung im konkreten Fall vor.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Dann ist ja alles klar.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber es handelt sich da ja nicht um einen Streit, der uns betrifft, sondern das ist ein Streit, den sich die drei untereinander ausmachen müssen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (KPÖ) angenommen. Ich danke für den Bericht. Nächster Berichterstatter ist Kollege Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Sehr geehrter Gemeinderat, ich habe Ihnen 5 Anträge vorzulegen. Der erste betrifft:

17) En-5289/85

En-5414/86

Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Wehrgrabengasse, Fabrikstraße, am Schloßleitenweg, Museumssteg und Bereich Direktionsbrücke; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 12. 1986 werden im Zusammenhang mit der Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Wehrgrabengasse, in der Fabrikstraße und auf dem Schloßleitenweg, dem Museumssteg und im Bereich der Direktionsbrücke folgende Aufträge vergeben:

1. Masten- und Auslegerlieferung: an die Fa. Weichselbaumer,
Steyr, zum Preise von S 325.329,82 inkl. MWSt.
2. Elektromateriallieferung: an die Fa. Berger,
Steyr, zum Preise von S 72.587,22 "
3. Lieferung von 82 Leuchten: an die Fa. Koranda, Wien,
zum Preise von S 213.803,52 inkl. MWSt.

Die hierfür erforderliche Mittelfreigabe bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständigen Organes vorbehalten.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen; Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Mein zweiter Antrag betrifft

18) En-5389/85

En-5414/86

Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Wehrgrabengasse, Fabrikstraße, am Schloßleitenweg, Museumssteg und Bereich Direktionsbrücke; Mittelfreigabe; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 18. 12. 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Stadtsenatsbeschluß vom 18. 12. 1986 wurde der Auftrag zur Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Wehrgrabengasse, in der Fabrikstraße, auf dem Schloßleitenweg, dem Museumssteg und im Bereich der Direktionsbrücke an die Firmen Berger, Steyr, Fa. Koranda, Wien, sowie die Fa. Weichselbaumer, Steyr, zum Gesamtpreis von S 611.720,56 inkl. MWSt. übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 1. 1987 werden nunmehr die hierfür erforderlichen Mittel freigegeben.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

auf die VA-Stelle 5/8160/050000.2 sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 115.000,-- (einhundertfünfzehntausend)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung der Kreditübertragung hat bei der VA-St. 5/6120/002140.1 und die Deckung der Kreditüberschreitung durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig angenommen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Mein nächster Antrag betrifft:

19) Bau3-5055/83

Ausbau der Reindlgutstraße; Mittelfreigabe für die 7. Teilmehrwertsteuerabschlagsrechnung und eine Regierechnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 27. 6. 1985 wurden die Arbeiten zum Neubau der Reindlgutstraße zwischen der Sudeten- und der Staffelmayerstraße an die Fa. Zwettler zum Preise von S 3.494.730,- inkl. MWSt. vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 23. 12. 1986 werden nunmehr zur Ausbezahlung der 7. Teilrechnung in der Höhe von S 544.000,- exkl. MWSt. der anteiligen Mehrwertsteuerabschlagsrechnung in der Höhe von S 108.800,- sowie einer Regierechnung in der Höhe von S 46.833,61 inkl. MWSt. Mittel im Ausmaß von

S 700.000,-- (siebenhunderttausend)

bei der VA-St. 5/612000/002340 für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen gewünscht? Nicht der Fall. Wer ist dafür? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Mein vorletzter Antrag betrifft:

20) Bau3-4032/85

Ausbau der Christkindl- und Schwamminger Straße; Verbreiterung der Reitnerstraße; zusätzlicher Ausbau der Schwamminger Straße zwischen Gasthaus Essl und Reitnerstraße; Endabrechnung der Bauarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschuß vom 10. 9. 1985 sowie den Stadtsenatsbeschlüssen vom 19. 11. 1985 und 30. 10. 1986 wurden die Arbeiten zum Ausbau der Christkindl- und Schwamminger Straße sowie der Verbreiterung der Reitnerstraße und des zusätzlichen Ausbaues der Schwamminger Straße zwischen Gasthaus Essl und Reitnerstraße an die Fa. Hamberger zum Preise von insgesamt S 2.663.212,20 inkl. MWSt. übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 7. 1. 1987 wird nunmehr einer Auftragerweiterung im Ausmaß von S 51.752,28 inkl. MWSt. nachträglich zugestimmt.

In einem werden zur Begleichung der noch offenen Forderungen Mittel im Ausmaß von

S 659.000,-- (sechshundertneunundfünfzigtausend)

bei der VA-St. 5/612000/002430 für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen? Keine. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Wer ist dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:
Mein letzter Antrag betrifft

- 21) ÖAG-2944/86
Städt. Wi-Hof
Mehrzweckfahrzeug; Ersatzbeschaffung; Ergänzung
zum StS-Beschluß vom 28. 8. 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Mit Beschluß des Stadtsenates vom 28. 8. 1986 wurden Aufträge zur Lieferung
1. eines Ladekranes "Berger-Hiab-Kran Type 070 AW" an die Fa. Ferdinand Berger OHG, Schwanenstadt, zum Preise von S 178.364,90 exkl. MWSt, das sind inkl. MWSt S 214.038,- sowie
 2. einer Liftanlage Marke "Eurolift-Abrollkipper MB III" an die Fa. J. Doppelmayr, Steyr, zum Preise von S 213.400,- exkl. MWSt, das sind inkl. MWSt. S 256.080,-

übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom 5. 12. 1986 werden nunmehr die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 470.000,- (vierhundert-siebzigttausend)

bei der VA-St. 1/8200/040000.8 für das Rechnungsjahr 1987 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Beiträge. Nächster Berichterstatter ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem Antrag geht es um eine Straßenbenennung. Der Antrag lautet:

- 22) Ges-15/86
Straßenbenennung nach Prof. Othmar Capellmann.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA XI vom 10. Dezember 1986 erhält die derzeit provisorisch angelegte Zufahrtsstraße parallel zur Anna-Zelenka-Straße, im Lageplan gelb lasiert, die Bezeichnung
Prof. Othmar-Capellmann-Straße.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seinen Bericht. Letzter Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag der heutigen Tagesordnung hat folgenden Wortlaut:

- 23) GHJ2-4699/85
Gleinker Hauptstraße 12; Sanierungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 18. 9. 1986 sowie Stadtsenatsbeschluß vom 6. 11. 1986 wurden die Arbeiten zur Instandsetzung und Sanierung des gemeinde-eigenen Objektes Gleinker Hauptstraße 12 vergeben.

Zum genannten Zweck wurden bisher Mittel im Ausmaß von S 1,775.000,- für das Rechnungsjahr 1986 freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 7. 1. 1987 wird nunmehr einer Auf-

tragserweiterung an die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preise von S 104.157,77 ohne MWSt. nachträglich zugestimmt. In einem werden die für die Fertigstellung des Objektes erforderlichen Arbeiten wie folgt vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preise von S 45.000,- ohne MWSt.
2. Zimmermannsarbeiten an die Fa. Weidinger, Steyr, zum Preise von S 115.650,- ohne MWSt.
3. Fußbodenlegerarbeiten an die Fa. Staudinger, Steyr, zum Preise von S 111.730,- ohne MWSt.
4. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Mitterhuemer, Steyr, zum Preise von S 37.604,- ohne MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 310.000,-- (dreihundertzehntausend)

bei der VA- St. 1/8460/010000.4 für das Rechnungsjahr 1987 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 104.200,-- (einhundertviertausendzweihundert)

bei der VA- St. 1/846000/010000 für das Rechnungsjahr 1986 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt. Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde und ich frage, ob von der sozialistischen Fraktion eine Wortmeldung vorliegt?

Kollegin Schreiberhuber bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde: 14.55 Uhr

GEMEINDERAT GERTRUDE SCHREIBERHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit Freude und gewissermaßen auch Genugtuung halte ich einen Katalog des Amtes der öö. Landesregierung mit den Vorstellungen über "familienfördernde Maßnahmen in der Gemeinde" in Händen. Freude und Genugtuung deshalb, weil sich bei bereits kurzer Durchsicht erkennen läßt, daß familienfördernde Maßnahmen, die sich nicht auf bloß quantitative Anhäufung beschränken können, sich nun auch auf Landesebene manifestieren und auf eine entsprechende Würdigung und fördernde Anerkennung hoffen lassen. An den aufgezeigten Beispielen kann man erkennen, daß Familienförderung im weitesten und positiven Sinn bereits intensiv betrieben wird im Schoß der Stadt Steyr. Daher wird es an uns liegen und ich fordere jeden einzelnen von Ihnen auf, sich Gedanken zu machen, was noch besser gemacht werden könnte. Ich rufe Sie auf, hinauszugehen in Ihre lokalen, persönlichen, stadtteilbezogenen Bereiche, dort mit den Familien, mit den Frauen, Männern und Kindern zu reden und herauszufinden, was im Bereich der Stadt Steyr zum Wohle der Familien noch geschehen könnte. Wirken Sie mit, jeder von Ihnen, an der weiteren Gestaltung des Lebensraumes für diese wichtigste Gemeinschaft zur Persönlichkeitsentfaltung und für die Zukunft des Menschen überhaupt.

Ich schlage vor, die Vorstellungen, verbunden mit Lösungsvorschlägen, die Sie als verantwortungsbewußte Mandatäre sicherlich im Zusammenhang mit den finanziellen Konsequenzen sehen werden, bis Ende März schriftlich an das Büro

des Bürgermeisters zu richten. Selbstverständlich sind auch Einzelpersonen, Familien, Institutionen, Vereine, Interessensvertretungen usw. aufgerufen, es uns gleichzutun und mit ihren Vorschlägen direkt an die Stadt heranzutreten.

Als einen begleitenden Schritt dazu erachte ich eine Maßnahme im inneren Bereich der Gemeinde für notwendig. Ich rufe Sie auf, alle Beschlüsse in den gemeinderätlichen Ausschüssen wie sonstigen Gremien der Stadt Steyr stets unter dem Aspekt der Auswirkungen auf die Familie zu fassen, Ihre Aufmerksamkeit und Sensibilität unmittelbar auf diesen Punkt zu richten. Ich gehe davon aus, daß der Begriff "Familienpolitik" alle Bereiche des menschlichen Lebens umfaßt, das von der Gemeindepolitik in allen Belangen unmittelbar berührt wird. Auch hier gewonnene Erkenntnisse, Vorschläge oder Vorstellungen sollen bis Ende März an das Bürgermeisterbüro gerichtet werden, um so rasch wie möglich eine umfassende Übersicht auf breitester Ebene zu erhalten. Es ist mir ein besonderes Anliegen, die Aufgeschlossenheit der Stadt Steyr herauszustreichen, vor allem im bezug auf die Förderung von Selbsthilfegruppen, sei es die Arbeitslosenselbsthilfe, sei es der Verein Tagesmütter oder der Verein Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege, die erkennen lassen, daß Bereitschaft besteht, neben bestehenden Einrichtungen auch Neuerungen den gebührenden Stellenwert einzuräumen. Die Ernsthaftigkeit der guten Absichten wird aber auch an der Bereitschaft des Landes zu messen sein, alle Maßnahmen der Familienförderung im weitesten Sinne auch dort entsprechend zu würdigen, sollen die traumbildhaften Vorstellungen von "glücklicher Familie" nicht zum Trauma werden. Hier drängt sich mir der Wunsch nach einer konsequenten und aufrichtigen Förderung der kindergärtenbetreibenden Gemeinde auf, die derzeit zwar einen 75 %igen Personalkostenersatz jedoch nur für Gruppen mit 30 Kindern vorsieht, so daß unter dem Strich lediglich eine Förderung von rund 25 Prozent herauskommt, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß Kindergartengruppen mit 30 Kindern in der Zwischenzeit der Vergangenheit angehören und auch von den Eltern nicht mehr akzeptiert würden. Die Wertschätzung dem einzelnen, der Familie gegenüber, könnte sich auf Landesebene auch darin manifestieren, dringend benötigte arbeitsmarktfördernde Maßnahmen zu setzen, wie es das Sonderförderungs paket für Steyr beispielhaft darstellt. Hier seitens des Landes als Begründung für die Verzögerung die Regierungsverhandlungen anzuführen, ist eine Verhinderungspolitik, die in keiner Weise im Dienste der Stadt, schon gar nicht im Interesse der in ihr und ihrer Umgebung lebenden Familien ist. Es war mir daher seinerzeit auch unbegreiflich, wie sich eine von christlich-sozialem Gedankengut getragene Partei der Förderung des Neubaus einer Lehrwerkstätte für die Ausbildung junger Menschen verschließen konnte. In der Zwischenzeit hat sich scheinbar manches geändert. Diese Erkenntnis mag für alle hier im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien gelten. Abschließend fordere ich Sie alle nochmals auf, im eingangs erwähnten Sinne aktiv zu werden, Ihre persönlichen Kontakte in den Dienst einer quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung der Familienförderung zu stellen und dieser Betriebsamkeit keinerlei zeitliche Beschränkung aufzulegen.

Ich danke Kollegin Schreiberhuber für diesen Vortrag. Bekanntlicherweise ist ja gestern in Linz die Proklamation dieses Jahres der Familie in Oberösterreich durch den Herrn Landeshauptmann und durch den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Grüner vorgenommen worden. Seitens der ÖVP? Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, an sich ist gesagt worden, die Proklamation zum Jahr der Familie war gestern in Linz im offiziellen Rahmen. Die Schnelligkeit unserer Kollegin Schreiberhuber ist kaum mehr zu überbieten, daß sie schon in

der nächstfolgenden Gemeinderatsitzung, als am erstmöglichen Tag, Stellung zu diesem Thema bezieht. Das ehrt die Frau im Gemeinderat, daß sie die Gelegenheit wahrgenommen hat. Ich nehme an, daß nicht nur die hier anwesenden Damen, sondern auch die anwesenden Herren die Notwendigkeit, über familienfördernde Maßnahmen in allen Bereichen wahrzunehmen, nachzudenken bereit sind. Die Kataloge, die zugegangen sind, sollten gewissenhaft durchgegangen werden, darin sind wir vollkommen einer Meinung. Wir sind auch einer Meinung darüber, daß man die Öffentlichkeit einbinden soll in die Möglichkeit, neue Initiativen für die Familie hervorzubringen. Ich möchte aber schon auch daran erinnern, daß wir schon seit geraumer Zeit einige Initiativen von der Gemeinde abverlangten, insbesondere in tariflicher Hinsicht. Ich erinnere an den von manchen leider Gottes belächelten Familientarif bei den städtischen Autobussen, eine sehr deutliche familienfördernde Maßnahme, die zudem noch die Förderung des öffentlichen Verkehrs mit in den Vordergrund stellen könnte. Ich erinnere an unsere Vorschläge zur Ermöglichung von Familientarifen in den städtischen Freizeitanlagen, sprich Stadtbad, Hallenbad usw. Und eine ganze andere Reihe von Dingen, die bis jetzt nicht realisiert werden konnten. Einiges, das muß eingeräumt werden, ist auch in der Tarifhinsicht schon geschehen. Z. B. im Stadtbad hat es im vergangenen Jahr einige Beschlüsse in dieser Richtung gegeben, die aber nicht den vollen Umfang dessen getroffen haben, was wir gemeint haben, und wie ich meine ausdrücklich geschildert haben. Daß die Stadt für bestehende Vereine außerordentlich aufgeschlossen ist, zieht niemand in Zweifel. Erst in der letzten Stadtsenatsitzung war ja die Förderung des sozial so wichtigen Vereines Haushilfe und Heimkrankenpflege, jedenfalls des mit Spitznamen "Salat-Verein" bedachten Sozialhilferinges ein klein wenig traurig ist es, daß die innere Organisation des Vereines noch verbessert werden muß, weil alles noch zu sehr an der einen Koordinatorin hängt und wenn die ausfällt, ist die Gefahr groß, daß sich die Hilfeleistung nicht ganz unproblematisch herbeiführen läßt. Aber das wissen wir zum Teil aus eigener Erinnerung, jedenfalls aus der Beobachtung unserer Kinder, daß halt die ersten Schritte mühsam sind und daß man bei den ersten Schritten leicht stolpert. So wollen wir hoffen, daß die sozialen Vereine die Aufgaben zum Wohle der Mitbürger gut wahrnehmen, daß die Unterstützungen, die die Stadt diesen Vereinen gewährt, keine vergeblichen Unterstützungen sind. Jedenfalls ist eines eindeutig festzuhalten, daß jede Bemühung, die von privater Initiative mehr oder weniger spontan erbracht wird, die verwaltete Initiative finanziell bei weitem unterbieten kann und notwendigerweise auch muß, weil sehr viel an Eigenengagement bereits im Bürger drinnen ist. Sie verstehen sicherlich, daß ich ein wenig traurig bin darüber, daß der an sich ernste Anlaß, über Familien nachzudenken, für einen Seitenhieb auf die Förderungsaktionen ausgenützt wird. Ich meine, daß das eine mit dem anderen schon sehr weit hergeholt vergleichbar ist. Über die Sonderförderung haben wir in diesem Gemeinderat ausreichend diskutiert. Die Sonderförderung, daß die jetzt nicht so schnell wie ursprünglich erhofft fertig geworden ist, liegt sicherlich nicht im Bereich der OÖ. Landesregierung. Man könnte - ich weiß, daß das sicherlich noch kommen wird, wenn schon nicht mit einer Wortmeldung, sondern mit Zwischenrufen, den möchte ich Euch ersparen - sicherlich wieder sagen, daß die Verhandlungen einfach nicht zu dem Zeitpunkt aufgenommen wurden, der uns aus dem Standpunkt der Stadt als der optimal früheste erschienen wäre. Jedenfalls ist darüber gesprochen worden zu einem Zeitpunkt, als die konkreten Fakten auf dem Tisch lagen. Wir wollen hoffen, daß die neue Regierung das Paket dann auch erfolgreich vom Tisch bringt zum Nutzen unserer Mitbürger. Was die Lehrwerkstätte bzw. die Nichtzustimmung zur Förderung derselben seitens der ÖVP Steyr betrifft, so bin ich nach wie vor der Meinung, daß unsere Haltung richtig war, weil wir ganz deutlich sehen, daß es in Zeiten wie diesen nicht zielführend ist, in Berufe zusätzlich auszubilden, aus denen die Beschäftigung nicht gewährleistet wird. Es tut mir leid, daß das Thema Familie

vermischt worden ist mit zwei weiteren Themen, die man jetzt ausführlich in Anbetracht der gebotenen Zeit nicht ausdiskutieren kann. Hoffen wir, daß das Jahr der Familie das bringt, was es bringen soll, nämlich ein vermehrtes Familienbewußtsein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der GAL Herr Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Frau Kollegin Schreiberhuber ich freue mich sehr, daß Sie dieses Thema angeschnitten haben. Es ist, glaube ich, eines der wichtigsten überhaupt. Ich glaube, die Familie ist die Zelle in der Gemeinschaft, und wenn wir die Zelle vernachlässigen, so wird das auch die Gemeinschaft in großem Ausmaß treffen. Eingehend auf die Familie - eine Familie besteht eben aus erwachsenen Menschen, aus Kindern und den dazugehörigen Leuten. Ich möchte hier sagen, daß viele dieser Familien zerstört sind oder durch den Druck der Gesellschaft vor Probleme gestellt werden, die sie nicht mehr lösen können. Selbsthilfegruppen finde ich ausgesprochen gut, nur diese dürfen nicht von Parteien abhängig sein, sondern sie müssen selbständig dort arbeiten können, wo sie gebraucht werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man Hilfe schafft, wenn man von Parteien her verordnete Gruppen gründet, um Übelstände in den kleinsten Zellen zu beseitigen. Ich glaube auch, daß die Alten besonders durch den Rost fallen. Altenhilfe ist ein Problem, das viele Leute nicht sehen wollen und nicht sehen können. Das Abschieben der Leute in ein Pensionistenheim oder in ein Altersheim ist doch meist die beste und günstigste Lösung. Ich glaube auch, daß man versuchen sollte, den alten Leuten die Chance zu geben, das bestehende bzw. das geführte Leben weiter zu führen. Es gibt Möglichkeiten, z. B. die Nachbarhilfe, wo eben der Kontakt zu den anderen, zu den übrigen Bewohnern, wieder neu geknüpft werden muß, wo dann im sozialen Bereich mit sehr kostengünstigen Mitteln den alten Leuten geholfen werden kann. Ich kenne eine Menge von Fällen und werde bei meiner zweiten Wortmeldung darüber sprechen, wo Leute aus dem sozialen Netz einfach hinausfallen oder besser gesagt hinausfallen, weil sie zu stolz sind hineinzugehen zu den Stellen und zu sagen, ich komme nicht mehr zurecht, mein Lebensraum hat sich derart verändert, daß ich alleine dort nicht mehr durchkommen kann. Diese leben zum Teil unter sehr menschenunwürdigen Verhältnissen. Man könnte darüber noch sehr lange sprechen, ich möchte aber auch die Jugendlichen aufgreifen.

Gerade der Jugendliche, der zum Teil keine Arbeit bekommt, der versucht, sich in dieses Gesellschaftsnetz einzufügen und dem es immer wieder nicht gelingt, hier Fuß fassen zu können. Hier müßte man Maßnahmen setzen, so wie die Arbeitslosenselbsthilfe bereits beginnt, die momentan auch unter schweren finanziellen Mängeln leiden muß. Daß man Gruppen schafft, um dem Jugendlichen in seiner Situation zu helfen. Ich glaube auch, daß man dezentrale Jugendräumlichkeiten schaffen könnte, wo der Jugendliche aus dem Stadtteil schon eine Möglichkeit bekommt, sich zu treffen, sich mit anderen Jugendlichen zusammen zu setzen, um seine Probleme zu besprechen. Ich finde es besonders wünschenswert, diesen Jugendlichen nicht wieder eine Fachperson vorzusetzen, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, vielleicht mit einigen Leuten zusammen neue Gruppen zu bilden, um die Eigenständigkeit, die sie zum Teil verloren haben, wieder zurückzugewinnen.

Ganz kurz hätte ich noch ein Problem angeschnitten. Ich habe gerade zu diesem Thema einen Brief bekommen, wo eine Frau darüber klagt, daß eben die Kindergärten eine zu hohe Anzahl von Kindern haben. Ich möchte kurz diesen Brief vorlesen: "Aufgrund der sehr hohen Kinderzahl im städtischen Kindergarten

Promenade - eine Gruppe hat 26 Kinder, die andere 25 - sehen wir uns aus pädagogischen Gründen veranlaßt, um die Einstellung weiterer Kindergärtnerinnen zu ersuchen. Unserer Meinung nach ist die für das Kind erforderliche Betreuung trotz engagiertem Einsatz der vorhandenen Kindergärtnerinnen nicht gewährleistet. Wir glauben, daß die Erziehung der Kinder bzw. die Förderung unserer Kinder eines der wichtigsten Anliegen unserer Zeit sein müßte. Und finanzielle Überlegungen diesbezüglich sollten keine Rolle spielen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag, die Zeit wurde etwas überzogen. Namens der KPÖ bitte Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollegin Schreiberhuber hat mit Recht die Frage der Familie in ihrem Diskussionsbeitrag als Sozialistin in den Mittelpunkt gestellt. Hört man doch besonders in den letzten Wochen und Tagen auch Aussagen, die zumindest eine Hoffnung geben, daß eine Besserstellung für die Familien erreicht werden kann. Gestern hat ja, wie schon erwähnt wurde, eine Tagung stattgefunden, wo die öö. Bürgermeister im Ursulinenhof in Linz anwesend waren und wo man einige Referate gehört hat, die natürlich viel Positives zeigen. Wenn es aber nur dabei bleibt, daß viel Positives gesprochen und geschrieben wird, dann ist das zu wenig. Ich glaube, wenn man hier im Rathaus in Steyr dieses Problem anschneidet, dann könnte man eigentlich erwarten von der Mehrheitsfraktion, - nicht alleine von der Gemeinderätin Schreiberhuber als Sprecherin, sondern von der gesamten Mehrheitsfraktion, - daß man vielleicht doch einige Anregungen und Überlegungen hier in den Mittelpunkt der Diskussion stellt. Ich sage Ihnen ad hoc, daß meine Auffassung die ist, als ersten Schritt, - vor allem, daß ich auch sehe, daß von Seiten der Mehrheit eine bestimmte Bereitschaft und Unterstützung besteht, - könnte man darangehen, daß man einen Familienpaß in unserer Stadt einführt, das heißt auf der Grundlage des ÖBB-Ausweises, also eine Familienkarte, die die öffentlichen Verkehrsmittel umlegt auf die städtischen Linien. Nämlich, daß einer Familie mit 2 Kindern 50 Prozent Fahrerermäßigung gewährt wird. Das wird ja auch landesmäßig von Dr. Grüner besonders unterstrichen und wieder zurückgestellt. Es wurde gesagt, wir wären bereit in der Landeshauptstadt oder im Zentralraum, aber der böse Herr Finanzminister Landeshauptmann Dr. Ratzenböck ist nicht bereit, nur einen Schilling dafür zu geben. Ich war nicht bei dieser Tagung, Dr. Ratzenböck hat ja dort sicherlich dazu Stellung genommen, ob er bereit ist, auch diese Maßnahmen, die dort besprochen wurden, finanziell abzudecken.

Wir haben vor Jahren schon hier im Gemeinderat - nicht nur ich, es waren auch andere Kollegen der Mehrheitsfraktion dabei - soziale Probleme aufgerollt im Zusammenhang mit dem gesetzlichen Schwangerschaftsabbruch. Meine Damen und Herren, wir haben ein Gesetz, aber es war bis jetzt kein einziger führender Mandatar dieser Stadt, mit Ausnahme einzelner Sprecher auch der der sozialistischen Fraktion, die gepocht haben auf die gesetzliche Einhaltung des Schwangerschaftsabbruches auch in unserer Stadt, im Landeskrankenhaus Steyr. Hier lächelt der Karli, weil er sicher eine andere Meinung hat.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich finde es einfach nicht sehr familienfördernd, über Abtreibung zu reden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das ist Deine Meinung, aber es ist ein soziales Problem, das auch hier mit-
einbezogen werden soll.

Wenn ich hernehme, Kollege Ramoser hat dieses Beispiel angeführt, die Fra-
ge der Kindergärten. 15 Jahre lang vertrete ich immer den Standpunkt, und
die Sprecher der Mehrheitsfraktion billigen mir immer zu - nicht aber die
Österr. Volkspartei, die bespricht mit den Steyrer Bürgern offensichtlich die
Landespolitik - daß wir verlangen, wir sollten uns das Beispiel nehmen von
unserer Nachbargemeinde, wenige Kilometer von unserer Stadtgrenze entfernt,
nämlich Behamberg, wo der Kindergartenbesuch 20 Jahre schon gratis ist und
wir, obwohl wir gestaffelte Leistung der Beiträge eingeführt haben, heute be-
reits die Situation haben, daß für den Großteil der Kinder, die den Kindergar-
ten besuchen, bereits der Höchstbeitrag entrichtet werden muß. Hier geht es
auch darum, nicht nur zu sprechen, Pläne zu schmieden, Verbesserungen in Wor-
ten für die Familie zu geben, sondern hier muß auch die finanzielle Abdeckung
gewährt werden. Das kann man nicht immer auf die kleinste Einheit, nämlich
auf die kleinsten Gemeinden - ich meine nicht die Stadt Steyr - abwälzen.
Dazu kommt, meine Damen und Herren, auch im Jahr der Familie, daß viele Pro-
bleme auftauchen, die man sozialmäßig lösen kann, wo auch wir im Kleinen mit-
helfen können. Aber, meine Damen und Herren, wir haben vor wenigen Tagen den
Koalitionsakt gelesen oder gehört im Fernsehen zwischen der ÖVP und der SPÖ.
Hier sehen wir überhaupt keinen Spielraum, wo ich sagen kann, daß die Fami-
lie stärker gefördert wird. Mit der Ausnahme der S 50,- Kinderbeihilfe,
wenn das Kind älter ist als 10 Jahre. Aber im Koalitionsakt steht
ausdrücklich drinnen, das kann man herauslesen, daß es eine Reihe von Dingen
gibt, die abgeschafft werden. Man stellt an die Spitze dieser Abschaffungen
sogenannte überholte Leistungen. Sie wissen schon, man gibt den Sterbebeitrag
weg, es werden vor allem soziale Leistungen gestrichen, und gleichzeitig, mei-
ne Damen und Herren, werden Massenbelastungen eingeführt. Sie wissen das alle,
ich kann jetzt nicht auf alle Punkte eingehen. Ich weiß, wenn es unangenehm
wird, dann schaut man auf die Uhr, obwohl ich selber weiß, daß ich die Zeit
bereits überschritten habe. Es wird dann ungemütlich und man läutet ab, aber
ich werde bestimmt noch eine weitere Möglichkeit haben, auf diese Problem
näher einzugehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Treml. Darf ich als Bürgermeister zu diesem Problem
einige Sätze sagen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben natürlich schon viele
Leistungen für die Familie, deren Einführung zum Teil schon Jahrzehnte zu-
rückliegt, durchgeführt. Es gibt kaum ein Problem, das hier herinnen be-
handelt wird, wo ein Beschluß gefaßt wird, das nicht in irgend einer Form
auf die Familien generell irgendwelche Auswirkungen hat. Die Leistungen, die
wir hier setzen, sind zum größten Teil, zu einem sehr großen Teil, freiwilli-
ge Leistungen. Wir haben bereits jetzt Leistungen für die Familien gesetzt,
zu denen wir nicht gesetzlich verpflichtet sind. Daß wir den gesetzlichen
Verpflichtungen nachkommen, ist natürlich eine Selbstverständlichkeit. Es
gibt auch viele freiwillige Leistungen, Sie wissen das selbst und ich brauche
diese nicht aufzählen.

Mich hat eines ein wenig gestört gestern - ich danke der Frau Schreiberhuber,
daß sie das Thema angeschnitten hat - es wurde seitens des Landes wieder an-
geführt und die Gemeinden wurden aufgerufen, Maßnahmen zu setzen im Jahr der
Familie, die besonders für die Familien nützlich sind oder die die Familie
entsprechend fördern. Es wurde aber kein Wort darüber gesagt, in welcher Form
das Land beabsichtigt, diese Aktionen, die die Gemeinde setzt, zu unterstützen.

Wir haben also nicht sehr viel, meine Damen und Herren, von rhetorischen Unterstützungen, sondern wir müssen auch Möglichkeiten suchen, denn wir kennen unsere finanzielle Situation. Ich bin gerne bereit, über Dinge zu diskutieren. Mich würde aber sehr freuen, wenn seitens des Landes eine Unterstützungserklärung auch in finanzieller Hinsicht käme. Ich werde gerne mit dem Herrn Landeshauptmann Kontakt aufnehmen. Mir gefällt der Vorschlag der Frau Kollegin Schreiberhuber sehr gut, daß man Vorschläge, die eingebracht werden in diesem Zusammenhang mit dem Jahr der Familie bis Ende März in meinem Büro sammelt. Dann wird das, so stelle ich mir das vor, im Kreise der Fraktionsobmänner oder im Kreise des Präsidiums entsprechend behandelt und die entsprechenden Vorschläge werden dann gemeinsam ausgearbeitet. Es ist durchaus eine Möglichkeit. Ich bin sicher, daß es Möglichkeiten gibt, positive Aspekte zu setzen. Nur werden wir schon darauf hinweisen, mit Nachdruck darauf hinweisen, daß wir die entsprechende finanzielle Unterstützung auch seitens des Landes erhalten.

Zum Vorschlag des Kollegen Ramoser darf ich sagen, daß wir in den Kindergärten, das wurde auch heute schon betont, mehr Personal haben, als wir vom Gesetz her veranlaßt wären. Z. B. auf der Promenade haben wir zwei Gruppen mit 26 bzw. 25 Kindern. Es wären laut Gesetz hier höchstens zwei Kräfte vorgeschrieben, wir haben dort 3 Kräfte. Man spricht das leicht aus und sagt, setzen wir Aktionen und das Finanzielle soll keine Rolle spielen. Irgendwo müssen wir diese Dinge letztlich berücksichtigen.

Ich danke allen, die sich dazu gemeldet haben und bitte um entsprechende Unterstützung und um Vorschläge, daß wir im Rahmen dieser Aktion im heurigen Jahr etwas unternehmen können. Danke.

Hat die ÖVP ein Thema zur Aktuellen Stunde? Kein Beitrag.
GAL? Bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte gleich anschließen an das Thema Familie, Wohnungsvergabe in Steyr. Ich möchte kurz eingehen auf eine Person, die am 25., also am Weihnachtstag, zu mir gekommen ist und mich gebeten hat, ihr zu helfen, die Wohnung zu heizen, da er nicht in der Lage war, eine abgegangene Ofenröhre so weit in den Kamin zu stecken, daß er wieder heizen kann. Eugen Kadar, Pensionist, am 2. 2. 1912 geboren, wohnhaft Zachhubergasse 4. Seine Lebensgefährtin, die 73 Jahre alt ist und bei ihm wohnt, ist bettlägrig und kann nur sehr schwer betreut werden bzw. sie will von ihrem Lebensgefährten betreut werden. Eugen Kadar, der aus Rumänien stammt und bereits 30 Jahre die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, hat auch einige Jahre in einem Flüchtlingslager kennengelernt. Ich betone das deshalb, weil dieser alte Mann es kategorisch ablehnt, in Häusern zu wohnen, wo Aufsicht ist. Wo er das Gefühl bekommt, neuerlich in ein Lager eingewiesen zu werden. Seit ca. 20 Jahren lebt nun der Mann in Steyr mit seiner Lebensgefährtin, bezieht eine Pension von ca. S 6.000,-, seine Lebensgefährtin einen Hilflosenzuschuß in der Höhe von ca. S 3.000,-. Von diesen S 9.000,- müssen sie nun an einen privaten Hausvermieter eine Miete bezahlen von S 4.800,-. S 4.800,- für 4 Zimmer, wobei sie nur 2 davon bewohnen können, denn zwei liegen im ersten Stock. Der Mann hat im Krieg seinen Fuß verloren, kann daher nicht mehr in den ersten Stock gehen. Die Frau ist bettlägrig und sie können daher nur diese 2 Räume im Erdgeschoß bewohnen. Das Haus besitzt außerdem, wie ich schon gesagt habe, keine Zentralheizung, sondern nur einen Ofen, der im Wohnzimmer im Erdgeschoß steht und in der Mitte der Wohnung angebracht ist. Die beiden Räume sind äußerst feucht und muffig, die Fenster lassen sich nur schlecht schließen. Den beiden ist es nur schwer möglich, eine Mahlzeit einzunehmen. Kadar ist aufgrund seiner Kriegsbehinde-

rung und weil er sich mit kochen nicht so viel beschäftigt hat, nur schwer in der Lage, für die beiden eine Mahlzeit zuzubereiten. Außerdem hat der Mann wahrscheinlich durch seinen Lageraufenthalt und durch die soziale Vernachlässigung einen leichten Hang alles zu sammeln, was im Alltag an ihn herankommt. Durch diese Gebrechen ist es dem Mann noch schwerer geworden, in diesen zwei Räumen zu wohnen. Seit sicher drei Jahren bemüht sich nun Eugen Kadar, eine andere Wohnung zu bekommen. Seine Wege führten ihn zur SPÖ, zu - ich glaube es war damals Stadtrat Kinzelhofer - anschließend zur Gebäudeverwaltung, Herrn Fischer, zu Stadtrat Zöchling, zu Frau Vollnhofer. Jedoch jedesmal ohne Erfolg.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Die Zeit ist abgelaufen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Nach einem neuerlichen Anlauf im vorigen Jahr, wobei er im Februar einen Antrag einreichte für eine Wohnung, wurde er verwiesen in die Steinfeldstraße. Er versuchte, diese Wohnung zu nehmen. Er ging in die Steinfeldstraße, schaute sich dieses Haus an und - er bezeichnete es so - sah, daß es für ihn wie ein Altersheim ist. Er sagte, führen Sie mich bitte sofort nach Hause. Er wollte von dieser Steinfeldstraße nichts mehr wissen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Bitte die Zeit ist um.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Ab diesem Zeitpunkt war Herr Kadar im Wohnungsamt bekannt. Drei Frauen des Fürsorgeamtes besuchten abwechselnd Herrn Kadar und es wurde ein schriftlicher Bericht dem Wohnungs- und dem Sozialamt zugeführt, in dem die Behörde darauf aufmerksam gemacht wurde, in welchen Umständen dieser Mann lebt. Seit dieser Zeit wurde für Kadar nichts getan. Ich frage mich jetzt, 3 Jahre auf Wohnungssuche mit einem Bein und einer bettlägerigen Frau, seit einem Jahr weiß die Behörde Bescheid, trotzdem passierte nichts. Dies ist ein dringender Fall und steht noch auf der Warteliste. Ich habe dies im letzten Wohnungsausschuß mitgeteilt und mir wurde gesagt, dieser Mann kommt auf die Warteliste, er bekommt bald eine Wohnung. Wenn die Behörde ein Jahr davon in Kenntnis ist, dann müßte es doch möglich sein, solchen Leuten rechtzeitig zu helfen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Dazu seitens der SPÖ Kollege Zöchling.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Werter Gemeinderat, zu den Ausführungen von Herrn Gemeinderat Ramoser darf ich folgendes sagen. Erfreulich, daß er endlich auch einen Wohnungsfall verkünden kann, erfreulich, daß wenigstens einer zu ihm gegangen ist. Im besonderen Fall von Eugen Kadar darf ich sagen, daß das Ansuchen vom 14. 1. 1986 ist. Er hat aufgrund dessen, daß er Invalide ist, eine Bevorzugung von uns bekommen und könnte in der Steinfeldstraße 7 eine Zweiraumwohnung haben. Er hat aber, nachdem wir ihn am 25. 2. verständigt haben, am 11. 3. diese Wohnung abgesagt. Wenn Herr Gemeinderat Ramoser sagt, daß das dort ein Altersheim ist, dann glaube ich weiß er nicht, wie diese Wohnungen aussehen. Es handelt sich lediglich um eine verbesserte Zweiraumwohnung, wie sie auch sonst üblich sind. Dort gibt es einen Aufzug, es ist wirklich

gerade im Sinne älterer Menschen ausgestattet. Ich werde es künftighin unseren älteren Menschen sagen, daß diese überall anerkannten Wohnungen für ältere Menschen Altersheimwohnungen sind. Ich darf Ihnen sagen, daß ..

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich habe gesagt, der Mann hat das als Altersheim empfunden.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sie haben das gesagt, obwohl Sie diese Wohnungen wahrscheinlich noch gar nicht gesehen haben.

Nach der Absage am 11. März war der Wohnungswerber kein einziges Mal mehr im Amt, weder bei Frau Vollnhofer, noch bei mir. Vorigen Montag oder Freitag waren Sie bei Frau Vollnhofer und haben versucht, für diesen Mann eine Zweiraum-Wohnung zu bekommen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das muß ich berichtigen, ich habe gesagt, ich informiere den Wohnungsausschuß über diesen Fall, ich habe nicht angesucht um eine Wohnung.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Obwohl Sie gewußt haben, daß Herr Kadar diese Wohnung abgelehnt hat, haben Sie im Wohnungsausschuß, wie ich gehört habe, nichts gesagt. Mit einer solchen Art von Berichterstattung sehen wir uns nicht veranlaßt, Entscheidungen sofort herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der ÖVP? Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

An sich, meine Damen und Herren, wäre es müßig, über eine Information, die jetzt in der Aktuellen Stunde an den Gemeinderat herangetragen wird, überhaupt zu diskutieren. Wir haben nach der Sachverhaltsdarstellung durch den stadträtlichen Referenten erkennen können, auch Sie Herr Kollege, daß genau das passiert ist, was Sie vorwerfen, daß nichts geschehen ist. Unter Anbetracht der sozialen Bedürftigkeit ist dem Mann eine Wohnung angeboten worden. Eine Wohnung, die sicherlich in ihrer Qualität durchaus zumutbar ist und aufgrund der vorhandenen Aufstiegshilfen und aufgrund der vorhandenen sanitären Einrichtungen durchaus für diesen Mann in einem akzeptablen Zustand war. Ich glaube, daß es sehr viel verlangt ist, im Einzelfall auf jedes individuelle

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das könnt Ihr doch nicht entscheiden!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich habe Sie auch reden lassen und ich finde, daß Sie die gleiche Disziplin haben könnten, wie ich sie gehabt habe. Wobei ich glaube, daß Ihre Ausführungen in der Qualität die meinen nicht leuchtend übertroffen haben. Die Sache ist jedenfalls so, daß die öffentliche Hand unmöglich den Idealwunsch der Wohnung schaffen kann, das ist vielleicht die ebenerdige Wohnung, die aus 2 Zimmern besteht, im vierten Stock und am Meer liegt. Sie werden mich in Ihrem Lieblingsblatt wahrscheinlich wieder zitieren, das ich in seiner Qualität als Druckwerk durchaus nicht ehrenwürdig behandeln

möchte. Mehr möchte ich darüber nicht sagen.

Die Problematik der Wohnungen ist wirklich keine kleine in Steyr und wir haben als Gemeinderat nur bedauernd zur Kenntnis zu nehmen, daß genau ein Fall, mit dem versucht wurde, Abhilfe zu schaffen, angezogen wird, um zu kritisieren. Die Stellungnahme hätte eigentlich heißen müssen, daß der Mann die Wohnung nicht akzeptiert hat. Daß die private Miete, wenn sie stimmt, bei dem Wohnungsstandard erschütternd hoch ist, sei unbestritten. Ich glaube, daß die Zusage des Wohnungsreferenten, daß dieser Fall nach wie vor Priorität hat, daß dem Mann geholfen werden soll, sicherlich ernst zu nehmen ist. Ich wünsche nur dem Mann, daß er dann halt vor einem Haus steht, das ihm auch von seinem Äußeren her gefällt. Sonst wird die Problematik des Herrn Kadar wahrscheinlich überhaupt nicht bewältigbar sein. Was wir aber bewältigen müssen als Gemeinderat dieser Stadt ist, Kriterien zu finden, nach denen der einzelne Mensch seine Bedürfnisse erfüllt bekommt. Darüber sind wir über die Fraktionen hinweg einer Meinung und darüber wird sicherlich auch noch zu reden sein, aber nicht in der Aktuellen Stunde, sondern in einem vernünftigen Gesprächsklima und nicht an konstruierten Anlaßfällen, deren Richtigkeit ich für meine Person - auch da können Sie mich zitieren - allenfalls in Zweifel stelle, genau so wie ich die Redlichkeit in Zweifel stelle, wie dieser Fall geschildert wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der KPÖ zu diesem Problem? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!

Ich habe schon einmal gesagt, daß ich auch allen Ausschüssen angehöre und auch bei den Wohnungsausschußsitzungen zugegen bin und mich auch mit verantwortlich fühle für die Wohnungsvergabe, wie sie in Steyr vorgenommen wird. Wenn ich Kritik habe, dann übe ich sie lautstark. Zu diesem Fall konkret.

Es ist so, daß klar ist, daß dieser Eugen Kadar und seine Familie sehr bedauernswert sind, aufgrund seiner leidenden Frau und obwohl er beinamputiert ist, pflegt er seine kranke Frau in mieslichen Umständen. Dafür ist allerdings nicht die Stadtgemeinde Steyr schuld. Es hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß er in ein Haus gezogen ist, wo es einen Hausbesitzer gibt, der keine soziale Einstellung hat. Sonst ist es unmöglich, daß es in unserer Stadt einen derartigen Mietzinswucher gibt. Für vier feuchte Räume, wovon nur zwei bewohnbar sind und schlecht beheizbar - wenn Kollege Ramoser sogar hinkommen muß während der Feiertage, um den Ofen in Gang zu setzen - einen derartigen Mietzins zu verlangen, das ist aber nicht die Schuld unserer Stadt. Es ist die Möglichkeit, auf dem privaten Sektor zu einer Wohnung zu kommen. Unsere Aufgabe als Stadtgemeinde und jener Kolleginnen und Kollegen im Wohnungsausschuß ist es, sich solcher sozialer Fälle anzunehmen. Kadar hätte in keiner privaten Wohnungsgesellschaft nur die geringste Chance, auch nur ein Kammerl zu bekommen. Der Fall muß ganz klar und deutlich so gesehen werden, daß dieser Familie geholfen werden muß. Allerdings sollte man die Öffentlichkeit nicht dafür verantwortlich machen, wenn der Herr Kadar selbst bestimmte Vorstellungen hat. Bei den Menschen ist es halt oft so, aber nicht nur bei Kadar, sondern viele in unserer Stadt sagen, ich möchte in keine solche Neubauwohnung, oder wie Kollege Ramoser gesagt hat, das ist ein Getto. Das sehe ich ein, wir haben ja Dutzende Fälle, die nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch aus Ansichtssache immer wieder das Ansuchen stellen um eine Alt-Neubauwohnung.

Der Mann, der in einer Wohnung ohne Bad und WC wohnt, das geht einfach wirklich nicht. Ich kenne das Ansuchen nicht genau, wie er es konkretisiert hat. Die Beamtin noch der Wohnungsausschuß können in Details gehen. Aber eine Tatsache, davon hat mich die dortige Beamtin überzeugt, sie konnte es aufgrund ihrer Unterlagen überzeugend darstellen, ist, daß aufgrund des ärztlichen Befundes, aufgrund dessen, daß sich auch die Gemeinde um diese Familie gekümmert hat und auch Fürsorgerinnen dort erhoben und diesen Zustand bestätigt haben und dem Amt bekanntgegeben haben, der Wohnungsausschuß entschieden hat. Alle, die da drinnen sitzen, waren der Meinung, diesem Mann muß geholfen werden. Man hat ihm geholfen in der Form, daß man ihm eine Pensionistenwohnung, die in diesem Jahr vergeben wurde in der Steinfeldstraße, einem wunderbaren Wohngebiet am Rande der Stadt, zugewiesen hat. Das ist ja nicht der Laubengang, sonst glauben manche der Tremml wohnt auch im Laubengang, das ist eben nicht so. Dort ist ein wunderbarer Bau errichtet worden von der GWG und aufgrund der großen Anzahl von Pensionisten, die die Arbeiten nicht mehr so verrichten können, hat man eben gesagt, wir bauen auch in dieses Gebiet ein Pensionistenhaus. Hier hat man diesen Eugen Kadar mit seiner Familie eingewiesen. Er hat das abgelehnt. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wißt Ihr überhaupt, was er damit abgelehnt hat? Wenn er mit mir gesprochen hätte, hätte ich es ihm gesagt und eingeredet, daß er seine Bedenken weglassen soll vom Getto, sondern soll seine finanzielle Lage überdenken. Wenn er mit S 6.000,- heute auskommen muß und seine Frau einen Hilflosenzuschuß bekommt von ca. S 3.000,-, so haben sie gemeinsam S 9.000,- und davon muß er S 4.000,- weglegen für die Miete, da hat er noch keine Betriebskosten, das ist gigantisch und da kann er natürlich kaum leben. Aber mit der Lösung, die gemeinsam im Wohnungsausschuß erarbeitet wurde, hätte sich Kadar mindestens meiner Meinung nach eine Mietzinsbeihilfe geholt von S 2.000,-, und zwar aufgrund seines Einkommens, daß ihm in einer Neubauwohnung keine Miete zugemutet werden kann. Eugen Kadar hätte nur die Betriebskosten, das heißt die Heizung und wenn er das Gas aufdreht, das er ja auch regulieren kann und die Betriebskosten, wie Wasser, Ganglicht usw. bezahlen müssen. Er hätte sich sehr viel erspart. So möchte ich diesen Fall richtigstellen, weil ich fühle mich mit verantwortlich, wenn ich in einem Gremium sitze. Ich habe mich auch dort sehr massiv für diesen Fall ausgesprochen - Kollege Ramoser wird das bestätigen - und auch alle anderen Kollegen der anderen Parteien, ob das die ÖVP oder die SPÖ war, haben gesagt ja, so ist diese Situation. Wir berücksichtigen sogar seine individuelle Ansicht. Wir werden ihm trotzdem helfen und die nächste freiwerdende Altbauwohnung, Alt-Neubauwohnung, wird er bekommen. Weil er aufgrund seiner sozialen Lage und seiner Bedürftigkeit usw. zu bevorzugen ist. So ist die Tatsache. Man kann den Vorwurf weder einer Beamtin machen, noch dem gemeinderätlichen Wohnungsausschuß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Otto, Du kannst gleich hier bleiben, Du bist zum nächsten Thema am Wort.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kollege Sablik, mir fällt einiges auf, wenn ich hinausschaue. Ich bin zwar nicht der Bürgermeister, aber man kann auch zu Kollegen Radmoser gehen. Du machst ja Dein möglichstes in dieser Richtung, aber es liegt einiges im argen, weil man versucht hat, hier zu sparen. Aber die Leute haben schon

Probleme, rechtzeitig in die Arbeit zu kommen aufgrund der extremen Straßenverhältnisse in den Wohngebieten infolge des schlimmen Winters. Ich gehe nicht ein auf Kollegen Leithenmayr, ich meine, uns geht es besser, weil die meisten unserer Bürger ja in die Arbeit gehen können. Aber Spaß beiseite.

Zum Thema. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Holub kritisiert in der Öffentlichkeit die Höhe der Personalkosten, obwohl er sicherlich ein sehr gewiegter Politiker ist hier im Haus und weiß, daß die Dienstleistungen wesentlich angehoben wurden in unserer Stadt und natürlich auch die Leistungen der Gemeindebediensteten erhöht wurden und natürlich hat das auch in den höheren Ausgaben im Budget seinen Niederschlag gefunden. Es ist bezeichnend für meinen Freund Holub, daß er nicht nur hier die Frage des Personals stellt, sondern auch verlangt die Kürzung einer seit Jahren bewährten Sozialleistung für die Beschäftigten des Magistrates der Stadt Steyr. Du bist ja Chef der Steyrer ÖVP und bist der Auffassung, daß die Bediensteten beim Magistrat mit S 19,- für das Mittagessen, das sie hier einnehmen, zu wenig bezahlen. Anders ausgedrückt will er damit offenbar aussagen, daß er eine Erhöhung des Preises für die Essensportionen will um, wie er meint, den Abgang des Altersheimes zu reduzieren. Das ist natürlich nicht möglich, das sind 27 Millionen und die Kosten dieser Sozialleistung sind nicht einmal 470.000,-. Für das Essen, das die Beamten bzw. Vertragsbediensteten erhalten, wurde bereits vor Jahren von der Personalvertretung ein Zuschuß gegeben - den bekommen sie nicht geschenkt, sondern muß ja erwirkt werden gegenüber dem Magistrat. Ähnliches wird, wie Sie ja wissen, auch in vergleichbaren Betrieben gewährt. Dieser Zuschuß betrug pro Portion im Vorjahr S 23,-. Er wurde nicht erhöht, obwohl alles teurer wird, sondern wurde sogar gesenkt, und zwar auf derzeit S 22,-. Zur unsozialen Haltung, er ist ja mehr oder weniger auch nur ein Bankangestellter, möchte ich doch sagen als Sprecher der KPÖ-Fraktion und auch als langjähriger Gewerkschafter entgegenhalten, daß es sich bei diesem Zuschuß um eine Sozialleistung vor allem für die Bediensteten der Stadt handelt, die eine schwere Situation haben. Sozialleistungen, die gewährt werden vom Unternehmer oder auch vom Magistrat sind ein Teil des Einkommens der Beamten und Vertragsbediensteten dieser Stadt.

Lieber Karli, die Sparwut müßte eigentlich von Dir in eine andere Richtung gehen, nämlich in jene Richtung oder in jenes Gebiet, über das Du in den ganzen Jahren, wo ich Dich kenne und Du im Gemeinderat sitzt, eigentlich noch nie ein Wort in der Öffentlichkeit verloren hast, nämlich über die zu hohen Politikerbezüge, über die Sitzungsgelder. Immerhin kosten die Mandatare der Stadt der Öffentlichkeit im laufenden Budgetjahr, mit den Pensionen, rund 10 Millionen Schilling. Einsparen könnte man z. B. einen Großteil des Sitzungsgeldes. Immerhin beträgt ein solches Sitzungsgeld auch für Dich als Vizebürgermeister, wesentlich mehr brutto als hier der Zuschuß für die Aufwendungen für diese Sozialleistung von der Stadt ausmacht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der SPÖ Kollege Wippersberger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich darf vorausschicken, daß bei der letzten Pressekonferenz, Bürgermeister Schwarz war damals nicht da, ich die Bitte ausgesprochen habe, die Steyrer Zeitung möge den Artikel, wo man so ungefähr herauslesen konnte, daß die Bediensteten des Hauses umsonst essen, berichtigen. Die Steyrer Zeitung hat mir auch zugesagt, sie werden das tun, was auch geschehen ist. Ich habe gestern abends Kollegen Holub in Christkindl getroffen beim Feuerwehrempfang

und er hat mir erzählt - ich selbst habe das nicht gelesen - daß in der Steyrer Zeitung etwas stand, was er nicht gesagt hätte, Kollege Holub wird ja sicher dann darauf antworten. Ich bin der Auffassung, es gibt ja nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern auch bei privaten Firmen Zuschüsse für das Essen der Bediensteten, ob das die Steyr-Werke sind, das Landeskrankenhaus - die essen ja noch viel billiger als am Magistrat. Das kann sicher nicht gesagt werden, daß die Magistratsbediensteten eine besondere Bevorzugung haben. Das ist das eine.

Das andere, was Kollege Treml immer anschneidet, sind die Politikerbezüge. Ich kann nur wieder sagen, das habe ich auch bei der Budgetdebatte gesagt. Wenn man die Politikerbezüge der Gemeinde- und Stadtsenatsmitglieder vergleicht mit denen anderer Städte, die vergleichbar sind, kann man immer wieder feststellen, daß wir an der unteren Grenze liegen. Das wollte ich abschließend noch sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der ÖVP Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nachdem ich es langsam gewohnt bin, mich zu diesem Thema zu rechtfertigen, und auch schon Gegenstand von schriftstellerischen Ergüssen hausintern ohne Unterschrift war, habe ich versucht, im Kreis der leitenden Beamtenschaft meine Stellungnahme zu interpretieren und hoffe, daß ich dort auch Verständnis gefunden habe dafür, daß ich einfach an Führungskräfte hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein, was die Beurteilung von Mitarbeitern betrifft, und daß dieses hohe Maß, das ich an Führungskräfte anlege, sicherlich auch von einem politischen Mandatar erbeten werden darf. Genau so wenig glaube ich, kann es unzulässig sein, über Dinge nachzudenken, genau so kann es unzulässig sein, über die Bewältigung von sachlichen Aufgaben nachzudenken. Was den Anlaßfall für Kollegen Treml geliefert hat, war der Beitrag aus der letzten Steyrer Zeitung

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Die Berichtigung!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

.. wo der Vizebürgermeister Wippersberger gesagt hat, daß er in der Pressekonferenz die Presse gebeten hat. Ich habe vor dieser Pressekonferenz bei einem Steyr-Daimler-Puch-Empfang im Beisein von einigen Menschen hier im Saal mit dem Redakteur gesprochen und habe ihn ersucht, das so klarzustellen, daß es nicht sinngemäß so herauskäme, als ob die Magistratsbediensteten für das Essen nichts bezahlen. Ich habe gesagt, die zahlen sehr wohl etwas, bitte stellt das richtig, das macht böses Blut. Wie die Meinung gekommen ist, daß ich so dezidiert gesagt haben sollte, daß die Beamten einen höheren Beitrag als bisher für die Altersheim-Küche leisten sollten, ist mir unerklärlich. Es kann sein, daß ich irgendwo, irgendwem, irgendwann einmal gesagt habe, daß auf die Frage, ist dieser Beitrag ein sehr hoher, ich gemeint habe, es könnte höher sein. Das ist denkbar.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das steht doch genau da in der 12. Zeile: ich meine, daß sie in der Lage sind, mehr zu bezahlen. Das heißt, sie bezahlen zu wenig.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich sage dort nicht ich meine, wenn es schon wörtlich sein soll, richtiggestellt:

ÖVP-Chef Holub meinte, daß die Beamten einen höheren Beitrag als bisher für das Essen aus der Altersheimküche leisten sollten. Das ist dieser Punkt, über den ich unglücklich bin, was in der Steyrer Zeitung steht, weil das nicht meine Aussage widerspiegelt. Ich habe gemeint, das können Sie im Protokoll der Gemeinderatsitzung nachlesen und das kann man aus verschiedenen anderen Medien schon wahrgenommen haben, das Ganze ist ja beim Thema Zentralaltersheim zur Sprache gekommen, daß durch eine exaktere Zuweisung der Gemeinkosten aus den verschiedenen abgegebenen Portionen eine bessere Rechnungsgenauigkeit auch zum wirtschaftlichen Überblick führen kann. Und verdammt noch einmal, es wird doch noch zulässig sein, über so etwas nachzudenken, ohne daß man dauernd in irgend eine Polemik kommt, nur weil es gerade jemandem so paßt. Ich verstehe am allerwenigsten, was dem Kollegen Treml momentan nicht paßt, ich war ohnehin schon genug in der Beize im Rathaus.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Selbstkritik und gut ist es.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich glaube, daß es keinen Anlaß zur Selbstkritik gibt, weil ich mir das Recht nicht nehmen lasse, auch nicht vom Vertreter der kommunistischen Partei, über betriebswirtschaftliche Komponenten auch der Rathausverwaltung nachzudenken. Und ich lasse mir von keinem Menschen auf der Erde meine Berufserfahrung wegnehmen, was die Personalbeurteilung betrifft. Ich lade jeden herzlich gerne ein, sich über die Modelle zur Personalbeurteilung, die ich mit Fachleuten gemeinsam bei meinem Arbeitgeber erarbeitet habe, kritikvoll mit mir auseinanderzusetzen. Aber bitte dann reden wir von etwas, wovon wir etwas verstehen. Den Zusatz der Steyrer Zeitung habe ich nicht veranlaßt und bedaure ich als sachlich nicht so geäußerte Wortmeldung von mir. Es tut mir leid, ich leugne jetzt nichts ab, wenn ich das gesagt hätte, da kennen Sie mich, glaube ich, gut genug, daß ich zu Äußerungen stehe. Ich gehe auch keinen Millimeter weg von dem, was ich beim Beamtenempfang über die Beurteilung von Mitarbeitern als Anforderung an Führungskräfte gesagt habe. Selbst wenn das nicht bequem ist und selbst wenn das wieder in offenen Briefen Niederschlag finden könnte. Aber diejenigen, die angesprochen sind, können sich sehr wohl selbst bei der Nase nehmen und diejenigen, die gute und hohe Maßstäbe an die Mitarbeiterbeurteilung anlegen, die werden mir recht geben, wenn auch nicht laut.

Im übrigen glaube ich, daß damit dieses Thema mehr als ausreichend abgearbeitet ist und ich wäre sehr froh, wenn wir uns im Gemeinderat der Stadt Steyr wieder anderen Dingen zuwenden könnten und ich erinnere nochmals - das können Sie im Protokoll, wenn Sie es bekommen, der Budgetsitzung nachlesen - daß es nicht meine Auffassung ist, daß man durch die Personalvertretung wohl-erworbene Rechte des Personals anrühren sollte. Daß man aber bei der Gewährung - der inkriminierte Ausdruck war damals von Begünstigungen, Vergünstigungen oder von Bevorteilungen - sehr hohe Maßstäbe anlegen muß, damit die Bevorteilung nicht zum allgemeinen Standard wird. Dazu stehe ich und davon bringen Sie mich auch nicht weg.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der GAL Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich will nicht näher eingehen auf diesen Essenszuschuß, aber mir hat besonders gut gefallen, wie Kollege Treml gesagt hat, lieber Karli. Es ist schön zuzuhören, wie die SPÖ die ÖVP verteidigt und Hand in Hand sich in Brüderlichkeit zeigt. Ich denke mir, das ist bundesweit momentan vorgesehen und wird praktiziert, so richtig schön Hand in Hand.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nur ein Zwischenruf, wir haben uns menschlich auch vor der Koalition auf Bundesebene gut vertragen und ich bin stolz auf dieses gute Verhältnis. Das möchte ich hier als Zwischenruf ganz deutlich sagen, damit es auch einmal im Protokoll steht. Ich glaube, es ist nicht die oberste Aufgabe von politischen Mandatsträgern, einander an die Gurgel zu gehen, sondern im wohlausgewogenen zwischenmenschlichen Verhältnis Gutes nach besten Möglichkeiten für die Mitbürger zu tun, die sie auch gewählt haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch für diesen Zwischenruf.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Ich darf der Ordnung halber mitteilen, daß Sie insgesamt Beschlüsse des Stadtsenates von 639.000 Schilling zur Kenntnis genommen haben und in den heutigen Verhandlungsgegenständen Beschlüsse über S 9,076.300,- gefaßt wurden.

Ich danke für die Mitarbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.05 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE RPOTOKOLLPRÜFER:

Hubert Sturmberger e. h.

Alfred Wallner e. h.